

FINANZEN & WIRTSCHAFT

Petro-China und die stille Achse

Ezra Wolff · 2. September · Dossier



Illustration: maschinell erzeugt

Es gibt zwei Sorten Kriege. Die eine führt man mit Gewehren, die andere mit Bilanzen. Wer 1939 nicht begriff, dass die zweite Sorte tödlicher ist, hat das nächste Mal keine Entschuldigung.

China hat begriffen. PetroChina — 460.724 Mitarbeiter, Marktkapitalisierung 2,07 Billionen CNY, KGV 11,3, eine Dividendenrendite von 4,2 Prozent — ist nicht einfach ein Ölkonzern. Es ist ein Werkzeug staatlicher Geographie. Wer die internationale Expansion des Unternehmens zur Erweiterung des chinesischen Energie- und Rohstoffinventars verfolgt, sieht keine Geschäftsstrategie. Er sieht eine Pipeline.

Die Kooperation zwischen Peking und Riad geht längst über das schwarze Gold hinaus. Aus dem simplen Ölgeschäft ist eine umfassende strategische Partnerschaft geworden — Häfen, Solarparks, 5G, Währungsabkommen. Während Washington unter Trump die Energiewende als ideologische Kapitulation behandelt und Fossile

zum Symbol kultureller Autonomie erhebt, formiert sich östlich des Suez eine andere Grammatik. Solarmodule, Batterien, Elektrifizierung. Die Grüne Entente hat einen Anführer, und er sitzt nicht in Brüssel.

Gilman nennt es den ökologischen Kalten Krieg. Auf der einen Seite die Achse der Petrostaaten — USA, Russland, Saudi-Arabien. Auf der anderen China, der mit seiner strategischen Präsenz in mehreren globalen Regionen weit über Asien hinausweist. In der Mitte Europa, das sich entscheiden muss, als wäre Entscheiden noch eine Option ohne Kosten.

Hier wird es interessant. Die Frage ist nicht, welche Seite gewinnt. Die Frage ist, wer an der Bewegung des Kapitals verdient — und wer sie verschweigt. PetroChina liefert die Zahlen: Umsatz-CAGR sechs Prozent, EBIT-CAGR 41 Prozent, Eigenkapitalrendite 10,9 Prozent. Solide. Kein Burggraben, sagen die Analysten, nur ein Werkzeug. Genau das ist der Punkt.

Für den kleinen Mann an der Börse bleibt die Auswahl zwischen Rohstoff-ETFs —

IN DIESER AUSGABE

ENERGIE & KLIMA

Dubais Schatten — wo die alten Litasco-Männer ihr neues Netz knüpfen

POLITIK & MACHT

Islands höfliche Rebellion: Das Nein, das niemandem den Rücken kehrt

RÜSTUNG & SICHERHEIT

Brüssel zählt Patronen, Moskau schweigt

KRISEN & KONFLIKTE

IN MOSKAU: WEIhrauch oben, RAKETEN unten

DIGITALES & ÜBERWACHUNG

DIE DRITTE REVOLUTION BEGINNT IM STILLEN

LUFT- & RAUMFAHRT

FÜNF TRANCHEN, EIN MANÖVER

MIGRATION & ASYL

gezählt wird und wer verschwindet

WISSENSCHAFT & GESUNDHEIT

LK101: Pekings KI-Impfung zwischen Pipeline und Pose

KLIMAWANDEL

KONFERENZ DES GELDES — WER ZÄHLT, WENN DIE ERDE SCHWEIGT

AGRARPOLITIK & ERNÄHRUNG

tragen, Äpfel brennen: Was die Spaltung der Ernte verschweigt

POLITIK & MACHT

Vom See zum Ozean: Trumps Kartographie der Macht

kostengünstig, passiv, breit gestreut, langfristige attraktiv — und aktiv verwalteten Fonds, die höhere Kosten tragen, aber gezielter in bestimmte Sektoren eingreifen können. Beide Wege führen am selben Knoten vorbei: an der Frage, ob man sein Geld in die fossile Vergangenheit oder die elektrische Zukunft investiert. Beide Wege finanzieren, ohne es auszusprechen, die

Achsenbildung.

Unklar bleibt, wer in den Büchern der nächsten fünf Jahre welche Wahrheit frisieren wird. 1929 wusste ich, was kommt. Heute weiß ich nur, dass die Bücher nie zufällig unausgeglichen sind.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260902_1722_03105.html

ENERGIE & KLIMA

Dubais Schatten — wo die alten Litasco-Männer ihr neues Netz knüpfen

Jack Hollis · 31. August · Dossier



Sie kennen den Trick. Sie haben ihn in Genf gelernt, in London, auf den Tankern vor Ust-Luga. Jetzt sitzen sie in Dubai und stricken weiter. Ehemalige Führungskräfte und Händler von Litasco bauen sich ein neues Handelsnetzwerk auf, verzahnt mit Offshore-Strukturen und sanktionierten Netzwerken. Kein Zufall. Eine Architektur.

Die Story geht so: Russland zieht sich formal zurück, der Iran rückt nach. Teheran und Moskau basteln an alternativen Versorgungsnetzen, um westliche Sanktionen zu umgehen. Wer liefert? Wer wäscht? Wer kassiert? Genau dort, wo das Geld die Farbe wechselt, sitzen diese Männer. Sie kennen die Wege, weil sie sie selbst gebaut haben. Litasco war die Handelsmaschine des Kreml — und wer dort an den Schalthebeln saß, versteht, wie man Volumina bewegt, ohne Spuren zu hinterlassen.

In Europa erzählen sie derweil die beruhigende Version. Man wolle sich schützen, die Abhängigkeit von Russland verringern, geopolitische Risiken abfedern. Klingt vernünftig. Ist es auch — solange man nicht hinschaut, wer im Hintergrund die Strippen zieht. Denn die neue Sicherheit hat ihren Preis: höhere Energiekosten, sinkende Wettbewerbsfähigkeit. Der Endverbraucher an der Zapfsäule zahlt. Wie immer.

Mittendrin: Verträge, die niemand genau liest. Force Majeure, Haftungsbeschränkungen — Klauseln, die in der Praxis oft scheitern, weil sie nicht präzise genug auf das konkrete Geschäft zugeschnitten sind. Wissensmanagement, sagen die Anwälte. Schön. Aber Wissen, das in Dubai, Zypern und den Emiraten verteilt ist, bleibt unsichtbar. Genau so soll es sein.

Unklar bleibt, welche konkreten Offshore-Gesellschaften hier als Briefkasten dienen und welche westlichen Banken die Leitungen offen halten. In Polen indessen wird das dritte LNG-Terminal hochgezogen, Kapazitäten wachsen, Importe aus den USA und Katar sollen Diversität bringen. Diversität ist gut. Sie verschleiert aber auch, woher das Gas wirklich kommt, wenn der Preis stimmt.

Der Hahn. Die Hand. Das Geld. Ich hab das schon gesehen.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260831_1304_03035.html

POLITIK & MACHT

Islands höfliche Rebellion: Das Nein, das niemandem den Rücken kehrt

Vera Kastner · 6. September · Dossier



Fünzig Komma zwei zu Siebenundvierzig Komma zwei. Eine Zahl, die in Brüssel wie eine kleine Kapitulation klingt und doch das Gegenteil ist: das Protokoll einer souveränen Übung. Island hat mit jenen 52,8 Prozent gegen die Wiederaufnahme von EU-Beitrittsgesprächen gestimmt und damit jenen Illusionisten auf dem Kontinent eine Absage erteilt, die glaubten, eine Insel im Nordatlantik lasse sich in die Maschinerie der Erweiterung einspeisen wie ein Kandidat aus dem Westbalkan oder Osteuropa. Wer so rechnet, hat die Karte nicht gelesen, auf die er setzt.

Natürlich ist es ein Schlag für Brüssel — so viel Geständnis sei dem Haus gemacht.

Man hatte sich in den Fluren des Berlaymont ein Island zurechtgelegt, das dem Erweiterungsmomentum der erschöpften Union neuen Sauerstoff hätte zuführen sollen: klein, stabil, wohlhabend, strategisch postiert in einer Arktis, die sich zwischen Washington, Moskau und Peking neu verteilt. Die Erweiterungsmüden in den Hauptstädten — jene, die seit Jahren das Lied vom Ende der Aufnahmefähigkeit singen — bekommen mit dem isländischen Votum ein neues Argument geschenkt. Marine Le Pen sprach bereits von einem Europa „freier, souveräner Nationen“, und Nigel Farage, dieser ewige Animateur britischer Ressentiments, gratulierte den Isländern, „ihre Unabhängigkeit bewahrt“ zu haben. Es ist das alte Spiel, bei dem jede Wahlurne in Europa reflexhaft nach Westminster sortiert wird.

Doch Island ist nicht Großbritannien. Es ist nicht einmal Norwegen. Es ist auch nicht die Schweiz. Wer behauptet, dieses Votum sei ein Brexit aus dem Nordatlantik, hat — diplomatisch formuliert — die Akte nicht gelesen. Die Isländer haben nicht für Isolation gestimmt, nicht für das Zerreißen von Verträgen, nicht für irgendeine Phantasie von „Take Back Control“. Sie haben für die Erhaltung einer Beziehung gestimmt, die in ihrer Präzision und ihrer Asymmetrie beispiellos ist im europäischen Gefüge.

Betrachten wir das Konstrukt. Island ist Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraums und des Schengen-Raums. Es akzeptiert die Freizügigkeit von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen. Seine Märkte — Finanzdienstleistungen, Energie, Transport — werden nach EU-Recht reguliert. Seine Sozial- und Umweltstandards sind die der Union. Etwa fünfundsiebzig Prozent der EU-Gesetzgebung fließen in isländisches Recht ein, ohne dass Reykjavik in Brüssel sitzt, ohne dass Reykjavik mitstimmen darf. Es ist die eleganteste Form der Assoziation, die das europäische Vertragswerk kennt: voller Marktzugang ohne volle Mitgliedschaft, Souveränität über Fisch und Energie, Mitsprache dort, wo sie nötig ist, Distanz dort, wo sie gewollt ist. Man nimmt sich, was einem nützt, und verweigert sich dort, wo es einen bindet.

Diese Architektur — und hier beginnt der

ermittlerische Blick — wurde in den vergangenen Jahren unter einem Druck getestet, der die Karte des Nordatlantiks neu zeichnet. Die wiederholten Drohungen aus Washington, Grönland unter wirtschaftlichem oder militärischem Vorwand an sich zu ziehen, haben die Frage nach europäischer Schutzgarantie mit einer Wucht auf die Tagesordnung gesetzt, die in Reykjavik nicht überhört werden konnte. Der NATO-Generalsekretär Mark Rutte handelte schließlich einen Rahmenvertrag aus, der den USA erweiterten Zugang zum dänischen Territorium sicherte — ein Geschäft, das Islands strategische Verwundbarkeit wie unter einer Lupe sichtbar machte. Das Votum, das vor diesem Hintergrund stattfand, war daher niemals eine kosmopolitische Prinzipienfrage. Es war eine kühle Kosten-Nutzen-Rechnung im Schatten einer Großmacht, die ihre Nachbarn nicht mehr als Verbündete, sondern als Verfügungsmasse zu behandeln beginnt.

Wer profitiert also von diesem Nein? Auf den ersten Blick Brüssel nicht. Auf den zweiten Blick: niemand, der in den herkömmlichen Kategorien denkt. Island profitiert — von der Erhaltung eines Status, der ihm die Vorteile des Binnenmarktes sichert, ohne die Souveränität über die Fischgründe aufzugeben, ohne die Pflicht zur Angleichung in Bereichen, die seine Identität definieren. Die EU profitiert — leise, ungerne eingestanden — von einem Modell, das beweist, dass es funktionierende Beziehungen zur Union jenseits der Vollmitgliedschaft gibt. Die Anrainer profitieren — von einer Insel, die weder amerikanisch noch russisch noch chinesisch werden muss, um stabil zu bleiben.

Und die offene Frage, die bleibt? Wie Brüssel dieses Ergebnis kommunizieren wird. Die offizielle Reaktion war, so viel sickerte durch, „gedämpft“. „Gedämpft“ ist in der Sprache der EU-Diplomatie ein Wort, das zwischen Resignation und Wut liegt. Man wird das Votum nicht laut kommentieren, weil jedes laute Wort eine Einladung an jene wäre, die ohnehin nach dem Vorbild Islands ihre eigene Mitgliedschaft neu verhandeln wollen — und diesmal unter schlechteren Konditionen, wie der Blick auf jene Kandidaten zeigt, die auf Strukturfelder angewiesen sind.

Was an diesem Sonntag in Reykjavik sichtbar wurde, ist nicht das Versagen Europas. Es ist die Anatomie einer kleinen Macht, die aus der Mitte der europäischen Architektur jene Vorteile zieht, die sie braucht, und jene Zumutungen zurückweist, die sie nicht braucht. Wer darin ein Scheitern sieht, hat das Wesen dieses Modells nie verstanden. Und wer darin einen Brexit sieht, hat die Geschichte nicht gelesen.

Reykjavik hat nicht Nein gesagt. Reykjavik hat auf seine Art Ja gesagt — zur eigenen Position, zur europäischen Architektur, und zur höflichen Distanz, die in der europäischen Diplomatie die einzige Währung ist, die niemals abgewertet wird.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260906_0911_03215.html

RÜSTUNG & SICHERHEIT

Brüssel zählt Patronen, Moskau schweigt

Oberstleutnant a.D. Hagen · 5. September · Dossier



Meine Damen und Herren, das ist kein Friedensprozess. Das ist Buchführung mit Kalibern.

Russland sagt nein. Verhandlungen mit der Ukraine? Nicht auf der Tagesordnung. Während in Brüssel die NATO-Außenminister Milliarden sortieren, schweigt der Kreml — oder lässt Steve Witkoff schweigen. US-Außenminister Marco Rubio sagt seinen Termin ab. Das hat zwei mögliche Lesarten: politischer Lärm in Washington, oder Moskau hat das Angebot, das es wollte, längst bekommen. Beides ist kein gutes Zeichen für Kiew.

Die NATO hat sich geeinigt: jeden Monat mindestens eine Milliarde Dollar aus US-Produktion. Abfangraketen, offensive Systeme. Fünfzehn Milliarden im Gespräch. Deutschland legt zweihundert Millionen drauf, kauft gemeinsam mit Polen, Norwegen und den Niederlanden. Außenminister Wadephul nennt das die bestmögliche militärische Lage für Verhandlungen. Wer so redet, will keine Verhandlungen.

Der will Hebel.

Und die Ukraine? Die Ukraine redet nicht. Die handelt. Drohnen tief ins russische Hinterland. Angriff auf St. Petersburg. Nachschubrouten gekappt. Ziele auf der Krim — darunter ein historisches Museum. Man nennt das asymmetrische Eskalation. Ich nenne es: jemand hat zugeschlagen, während die Diplomaten ihre Pressemitteilungen schreiben.

Drohnen dominieren das Feld. Das verschiebt die nächste Wette: auf Abwehrsysteme. Die sind teuer, brauchen Jahre, und niemand liefert sie über Nacht. Wer heute Drohnenschutz bestellt, kauft sich die Lufthoheit von morgen — oder bleibt ohne.

Dann Bulgarien. Rumen Radev, neuer Ministerpräsident, ein Kritiker der EU-Linie zur Ukraine, fordert Verhandlungen statt Munition. Sofia war jahrelang einer der größten Lieferanten für Waffen und Munition sowjetischen Kalibers an Kiew. Wenn Radev die Schleusen drosselt, ändert das die Rechnung an der Donau. Dann fehlt genau das Kaliber, das in Kiew noch in jedem zweiten Mörser liegt. Das ist kein innenpolitisches Signal aus Sofia. Das ist ein Lieferkettenproblem.

Brüssel liefert nach. Moskau schweigt. Kiew schlägt zu. Sofia rechnet nach. Russland lehnt ab. Wer profitiert? Die Rüstungsfabriken in mindestens drei Zeitzonen. Wer verliert? Die Soldaten in den Schützengräben, deren Kaliber nicht mehr geliefert wird.

So sieht der Winter aus, wenn niemand verhandeln will.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260906_0517_03169.html

KRISEN & KONFLIKTE

IN MOSKAU: WEIHRAUCH OBEN, RAKETEN UNTEN

Jack Morrison · 3. September · Dossier

Die Redaktion riecht nach kaltem Kaffee und dem Bourbon, den ich mir um fünf Uhr morgens eingieße, während draußen die Straßenlaternen ausgehen. Evelyn summt unten im Café irgendein trauriges Ding. Und die Nachrichten, die über den

Draht kommen, sind ein Rätsel, das ich lösen muss — nicht weil die Leser es verlangen, sondern weil die Wahrheit sonst verfault.

Zwei Männer in Moskau. Fast zur gleichen Stunde. Beide tragen feine Anzüge, beide lächeln in die Kameras, beide sagen sie das Wort "Frieden" mit einer Inbrunst, die einem das Blut in den Adern gefrieren lässt. Der eine ist ein Kurienerzbischof, der andere ein Geheimdienstchef. Und einer von beiden lügt. Die Frage ist nur — welcher?

Da wäre zunächst Paul Richard Gallagher, der vatikanische Außenminister, Gesandter von Papst Leo XIV., ein Mann, dessen Titel so lang ist wie sein Talar. Er feiert eine Messe in Moskaus katholischer Kathedrale. "Wir müssen Friedensstifter werden, wie es Christus gesagt hat", predigt er. Suchet, was uns eint, und nicht, was uns spaltet. Worte wie Samt, wie Weihrauch, wie das Licht von hundert Kerzen auf kaltem Marmor. Schön. Tröstlich. Und was sagt uns die Geschichte über Männer, die schöne Worte in Säle tragen, während draußen die Kavallerie sattelt? Die Römer haben es uns vorgemacht. Die Diplomatie ist das letzte Hemd, das man einem Besiegten überlässt — oder das erste, das man einem Freund über die Schultern wirft, bevor man ihm die Brieftasche zieht.

Zur gleichen Zeit, am gleichen Ort, taucht ein anderer Mann auf. Unangekündigt. Kein Empfang am Flughafen, keine Pressekonferenz, kein protokollarischer Handschlag für die Kameras. CIA-Chef John Ratcliffe reist nach Moskau wie ein Schatten, der sich kurz vor der Morgendämmerung über die Kremlmauer legt. Er überbringt, so heißt es aus Kreisen, die nicht genannt werden wollen, eine düstere Einschätzung des Ukraine-Krieges. Er warnt vor einem möglichen Angriff auf NATO-Gebiet. Er sagt dem Kreml, was die Analysten in Langley seit Wochen auf ihren Bildschirmen sehen — und was die Öffentlichkeit nicht sehen soll.

Hier beginnt mein Ärger. Hier beginnt die Geschichte, die unter dem Weihrauch schwelt.

Denn wenn der Botschafter Gottes in Moskau steht und um Frieden betet, während der Meister der Spione im selben Moskau sitzt und dem Kreml die Wahr-

heit ins Gesicht sagt — was soll das sein? Zufall? Zeitgleichigkeit der frommen und der nüchternen Welt? Oder ist es, wie ein alter Kollege aus Wien mir einmal zuflüsterte, das alte Spiel: Der eine Mann spielt die Geige, der andere schiebt das Messer in die Tasche.

Die New York Times berichtet unter Berufung auf anonyme US-Regierungsvertreter über die Hintergründe der Ratcliffe-Reise. Anonym. Natürlich anonym. In Washington nennt man das Schutz der Quellen. In meinem Gewerbe nennt man das Spur verwischen. Was also wurde in diesen Räumen besprochen? Welche Karten wurden auf den Tisch gelegt, welche in der Brusttasche behalten? Welche Namen wurden genannt, deren Echo jetzt durch die Schaltzentralen von drei Kontinenten läuft?

Und dann — als hätten die Götter der Iro nie ein Einsehen mit mir und meinen frustrierten Morgenstunden — feuert Russland, nur kurze Zeit nach dem Besuch des CIA-Chefs, eine atomwaffenfähige Fernrakete ab. Kein Übungsschuss, keine theatralische Geste. Eine Rakete, deren Zweck einzig und allein der ist, zu zeigen: Wir können, und wir werden. Die Botschaft ist so deutlich wie ein Brandzeichen auf der Haut. Was Gallagher in der Kathedrale anbetete, wurde am Himmel über Russland widerrufen.

Quelle A — jene, die Ratcliffes Besuch als Warnsignal deuten — sagt: Der CIA-Chef war nach Moskau gekommen, um dem Kreml die Zähne zu zeigen. Um zu sagen: Wir wissen, was ihr plant. Wir haben die Bilder, die Satelliten, die abgefangenen Funksprüche. Quelle B — jene, die den Besuch als diplomatische Initiative rahmen — sagt: Es war ein letzter Versuch, die Eskalationsschraube zu lösen, bevor sie sich vollständig dreht. Beide können recht haben. Beide können lügen. In meiner Branche lernt man schnell: Wer beide Seiten einer Medaille zeigt, ohne die Hand zu nennen, die sie wirft, der ist entweder ein Narr oder ein Komplize.

Indes, da ist noch ein Detail, das in den Depeschen untergeht wie eine Leiche im Hafen. Sergej Lawrow, der russische Außenminister, sitzt zur selben Zeit vor einer Kamera und sagt Sätze, die jedem, der noch lesen kann, das Blut gefrieren lassen.

"Wir werden all das zerstören." All das. Nicht die Waffen. Nicht die Basen. All das. Wer "all das" sagt, meint Städte. Meint Krankenhäuser. Meint die Frau, die um vier Uhr morgens ihre Kinder weckt und nicht weiß, wohin.

Während ich diese Zeilen tippe, geht die Sonne über der Stadt auf, die nie ganz schläft. Die USA haben am siebenundzwanzigsten Februar ihre Operationen gestartet — das Datum brennt in meinem Notizbuch wie ein heiliger Tag der Lügen. Iran hat reagiert. Die Stichworte werden kürzer, die Abstände zwischen den Meldungen werden kleiner. Wir sind wieder in dem alten Rhythmus, den die Menschheit seit den Sumerern nicht verlernt hat: Opferlamm, Trommel, Krieg.

Wer profitiert? Das ist die Frage, die ich den Lesern mitgebe, weil ich sie selbst nicht beantworten kann. Wer profitiert davon, dass die vatikanische Diplomatie ihre schönsten Worte verschleißt, während die Arsenale sich füllen? Wer profitiert davon, dass die Namen der Besucher verschleiert werden und die Termine wie Kirchhofslichter flackern? Welche Struktur steht hinter diesem Vorhang aus Weihrauch und Stahl?

Die Römer nannten es panem et circenses — Brot und Spiele. Wir nennen es Pressekonferenz und Absichtserklärung. Die Mechanik ist die gleiche. Der Zirkus ist nur lauter geworden.

Unklar bleibt, was in den konkreten Minuten zwischen Ratcliffe und seinen Gesprächspartnern besprochen wurde. Unklar bleibt, ob Russlands Rakete Antwort auf eine Warnung war oder nüchterne Bestätigung einer Drohung. Unklar bleibt, welche Rolle der Vatikan in diesem Konzert wirklich spielt — Vermittler, Statist oder Kulisse für ein Publikum, das wir nicht sehen. Was bleibt, ist das Muster. Und das Muster ist älter als die Heilige Schrift.

Evelyn singt jetzt lauter unten im Café. Irgendein altes Lied, halb Jazz, halb Gebet. Ich schenke mir nach. Die nächste Ausgabe wird nicht warten.

Die Messe ist gelesen. Die Rakete ist geflogen. Was jetzt kommt, ist die einzige Wahrheit, die zählt — und die steht in keiner Zeitung: Wir haben aufgehört, die

Narrative zu hinterfragen. Wir haben den Weihrauch eingeatmet und vergessen, nach dem Stahl zu fragen.

Fragt nach dem Stahl.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260903_1300_03126.html

DIGITALES & ÜBERWACHUNG

DIE DRITTE REVOLUTION BEGINNT IM STILLEN

Ada Voss · 5. September · Dossier

Washington, Brüssel, die Drähte summen. Sie nennen es die dritte Revolution der Kriegführung — Schießpulver, Atom-bombe, jetzt künstliche Intelligenz. Die ethischen Fragen sind nicht Beiwerk. Sie sind die Sache.

Anthropic weigerte sich, dem Pentagon seine KI für alle legalen Zwecke auszuliefern. Autonome Waffensysteme sollten tabu bleiben. Trump und Hegseth strafen das Unternehmen ab, Bundesbehörden und Pentagon-Zulieferer dürfen Claude nicht mehr nutzen. OpenAI unterschrieb den Deal — inklusive der Aufweichung jener Schranken. Sam Altman sprach von einer Möglichkeit.

In Brüssel wird gefeilt. Dänemark hat bis Ende 2025 die EU-Ratspräsidentschaft und macht die Chatkontrolle zur Priorität. Im Oktober könnte entschieden werden. Die CSAM-Verordnung will Kindesmissbrauch stoppen — so die offizielle Lesart. Das Mittel: Client-Side-Scanning direkt auf Nutzergeräten, KI-basiert. Eine Hintertür in jeder Verschlüsselung. Kritiker warnen vor hohen Fehlerquoten — Millionen Unschuldige könnten falsch beschuldigt werden. Fünfzehn EU-Staaten gelten als Befürworter.

Wer profitiert? Palantir. Die Software Maven verarbeitet Echtzeitdaten für die NATO. Vizeadmiral Thomas Daum erklärt offen, warum Deutschland sie national nicht einsetzt: Palantir-Mitarbeiter bedienen sie selbst. Wer die Software bedient, besitzt den Inhalt. Das ist kein technisches Detail, das ist Architektur der Macht.

Schwere Vorwürfe stehen im Raum: Palantir soll Waffen entwickelt, mit der CIA

kooperiert und kompromittierende Informationen über globale Führungskräfte gesammelt haben. Dazu kommt die Möglichkeit, Nutzerdaten von Konzernen wie Facebook anzufordern. Kapazitäten wachsen, Datenschutz schrumpft.

Und Europol? Darf nun eigene Forschungs- und Innovationsprojekte durchführen. Mehr Macht, weniger Kontrolle im selben Tempo.

Drei Fragen bleiben offen: Wer haftet, wenn die KI irrt? Wer bezahlt den Preis — die Kinder, die geschützt werden sollen, oder jene, die in den Mühlen der Maschinerie zermalmt werden? Und wer kontrolliert am Ende die Algorithmen, die über Krieg und Frieden entscheiden?

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260905_0331_03159.html

LUFT- & RAUMFAHRT

FÜNF TRANCHEN, EIN MANÖVER

Kapitän Renz · 1. September · Dossier

Am achten Mai 2026 öffnete das Pentagon die Schleusen. PURSUE — Presidential Unsealing and Reporting System for UAP Encounters — sollte Klarheit liefern, wo Jahrzehnte öffentlichen Drucks nur Vermutungen hinterließen. Fünf Tranchen später, im Drei-bis-fünf-Wochen-Rhythmus, keine Endmarke. Der Himmel wurde geöffnet. Die Antworten blieben drin.

Die Zahlen lesen sich imposant: 162 Dokumente in der ersten Lieferung, über 400 UAP-Vorfälle, 1947 bis Frühjahr 2026. Eine Milliarde Besuche auf war.gov/UFO. FBI-Akten, Videos, Berichte aus aller Welt, zusammengetragen von verschiedenen Behörden über Jahrzehnte. Hegseth sprach von „gerechtfertigter Spekulation“, die ein Ende habe. Trump: „WHAT THE HELL IS GOING ON“. Gehen wir hin.

Was wir sehen: Vorfall 2023 im Westen der USA — Bundesbeamte melden unabhängig Orbs, eine startet andere. Pentagon: „among the most compelling“. AARO-Direktor Dr. Jon Kosloski beschreibt im Juni 2026 eine orangefarbene „Mutter-Kugel“, die rote Orbs ausstößt — vierzig Prozent ungeklärt. Ein „super-

heißer“ Orb, beobachtet von US-Beamten, bis heute rätselhaft. Irak 2024: ein Objekt durchkreuzt die Sensoren eines US-Flugzeugs. Vor Virginias Küste — etwa hundert UAPs in einem dokumentierten Fall. AARO: keine Hinweise auf fortschrittliche feindliche Technologie. Piloten berichten Objekte mit ungewöhnlichen Flugmustern.

Wem nützt das? Den Sensoren, die dort stehen, wo die Berichte herkommen. Sicherungen konzentrieren sich entlang militärischer Operationen — Deutschland und Sowjetunion damals, Hormuz, Irak, Syrien heute. Was wir sehen, ist die Silhouette unserer eigenen Aufklärung. Das fortlaufende Interesse — nationale Sicherheit, Wissenschaft — verrät mehr über unsere Verwundbarkeit als über die Fremden.

Physiker wie Avi Loeb von Harvard veröffentlichten Präprints, die Pentagon-Orbs mit Warp-Drive-Signaturen verknüpfen. Eine Milliarde Besucher. Keine Erklärung. Fünf Tranchen, kein Ende angekündigt.

Wer profitiert, wenn die Schleusen offen bleiben? Nicht jene, die Antworten suchen. Sondern jene, die zeigen wollen, wie viel sie sehen können. Der Himmel bleibt, was er war — ein Schlachtfeld der Blicke. Wir navigieren weiter.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260901_0112_03050.html

MIGRATION & ASYL

gezählt wird und wer verschwindet

Marta Silber · 3. September · Dossier

Washington, Ende August 2026. Die Hitze liegt über dem National Mall wie ein Tuch, das jemand über eine Leiche deckt. Tausende sind gekommen. Tausende — das Wort fällt in jedem Bericht, bei Reuters, bei der Straits Times, im Hindu, in der Washington Times. Tausende. Eine Zahl, die nichts zählt und alles verschleiern. Snopes würde nachfragen. Ich frage nach.

Al Sharpton hat gerufen, Martin Luther King III steht neben ihm, die Drum Major Institute, neunzig Partnerorganisationen, NAACP, National Urban League. Marc Morial sagt: Wir kämpfen gegen mächtige Kräfte. Bernie Sanders ist da. AOC. Ha-

keem Jeffries. Die Bühne ist groß, die Reden sind alt. Dreiundsechzig Jahre nach dem „I Have a Dream“ auf den Stufen des Lincoln Memorial. Dreiundsechzig Jahre. Die Kamera schwenkt über schwarze Gesichter, weiße, alte, junge. Es sieht aus wie damals. Es ist nicht wie damals. Diesmal ist das Drehbuch umgeschrieben worden.

Denn was hier stattfindet, ist keine Gedankenveranstaltung. Es ist eine Gegenöffentlichkeit zu einer Maschine, die sehr leise arbeitet. Der Oberste Gerichtshof hat im April dieses Jahres eine zentrale Bestimmung des Voting Rights Act geschwächt. Republikanisch geführte Staatsparlamente im Süden haben daraufhin, manche innerhalb weniger Tage, ihre Kongresswahlkreise neu gezeirissen. Redistricting — das klingt nach Technik, nach Kartografie. Es ist das Gegenteil. Es ist die Frage, wer überhaupt noch eine Stimme hat, die gehört wird. King III sagt es selbst: „Die Grundlage unserer Demokratie wird verteidigt.“ Schöner Satz. Schöner Satz für eine hässliche Mechanik.

Hier beginnt das Verwirrspiel, und hier muss man genau hinsehen. Die einen reden von Wahlrechtsverengungen, die anderen von Redistricting. Es sind zwei verschiedene Türen zum selben Korridor. Wer die Briefwahl einschränkt, wer Antidiskriminierungs-Schutzbestimmungen aushebelt, wer die Wählerlistenmanipulation erleichtert — der braucht das Gerrymandering nicht einmal mehr. Und wer die Wahlkreise so zuschneidet, dass schwarze Wählerschaften verdünnt werden, der braucht keine Briefwahlhürde. Die Quellen sprechen von zwei Fronten. Es ist eine.

Trumps Administration, so die Organisatoren, „reimagine“ den Bürgerrechtsschutz. Das ist das Wort, das sie benutzen. Reimagining. Wie ein Hochglanz-Magazin, das eine Ruine zum Loft umdeutet. Was bedeutet das konkret? Antidiskriminierungsregeln werden gelockert. Die Bundesbehörden werden umgebaut. Die Exekutivanordnung zur Briefwahl liegt vor Gericht, und die Gerichte geben sich seit Wochen widersprüchliche Entscheidungen — schnell, gegensätzlich, ein Flickwerk. Die NAACP hat diese Woche neue Klagen eingereicht. Das Tempo ist Absicht. Vor den Midterms im November

zählt jeder Tag, an dem eine Regel ungeklärt bleibt.

Und jetzt das, worüber die meisten Berichte hinweghuschen, als wäre es eine Fußnote: Senator Richard Blumenthal hat Trumps Einwanderungsdurchsetzung als „abscheulich und unmenschlich“ bezeichnet. Abscheulich. Unmenschlich. Worte, die man sich merken muss, weil sie aus dem Mund eines Mannes kommen, der Jurist ist und Senator. Einwanderung. Nicht Wahlrecht. Aber hören Sie genau hin: Die Familien, die an der Grenze auseinandergerissen werden, sind mehrheitlich nicht weiß. Die Communities, deren Wahlkreise im Süden neu gezeirissen werden, sind mehrheitlich nicht weiß. Die Menschen, die in Asylverfahren Formulare ausfüllen, die keiner haben will — es ist dieselbe Architektur der Unsichtbarmachung. Zwei Fronten, ein Korridor.

Das Kennedy Center hat dieser Tage eine Skulptur mit dem Titel „Blue“ entfernen lassen. Eine Skulptur, nicht mehr. Und doch: Trumps „Washington Makeover“ hat begonnen. Kunstwerke verschwinden, Programme werden umgeschrieben, Räume umgefärbt. Es ist dasselbe Prinzip in einer anderen Skala. Wer definiert, was sichtbar bleibt? Wer darf noch auf dem Sockel stehen?

Die offene Frage bleibt, und ich benenne sie, weil sie in keiner der Agenturmeldungen auftaucht: Wer profitiert strukturell von dieser Gleichzeitigkeit? Republikanisch geführte Staatshäuser im Südbund — Texas, Georgia, die Carolina-Staaten, Florida —, die gleichzeitig die Wahlkreise zerschneiden und die Briefwahl einschränken. Die Frist vor den Midterms ist der Klebstoff, der alles zusammenhält. Unklar bleibt, welche konkreten Bundesbehörden bisher umgebaut wurden und welche Schutzwirkung sie hatten. Unklar bleibt auch, wie viele Wahlrechtsklagen parallel laufen und welche Richter welche Fälle bearbeiten — das Tempo der Verfahren ist Absicht, nicht Zufall.

Die Redner auf der Bühne haben Zahlen genannt, die ich hier wiedergebe, ohne sie zu schönen: Black unemployment is up. Black homeownership is down. Black political representation — der Satz bricht im Quellentext ab. Genau dort bricht er ab. Genau dort. Als hätte jemand den Stecker

gezogen. Das ist der Satz, den Sie sich merken sollten.

Tausende waren auf dem Mall. Tausende. Es werden mehr gebraucht. Es werden weniger, wenn das Drehbuch weitergeht. Die Macht verkleidet sich in Gesetze, in Gerichtsurteile, in Kartografie, in entfernte Skulpturen. Sie verkleidet sich in Executive Orders, die niemand liest, und in Widersprüche zwischen Quelle A und Quelle B, die niemand auflöst. Ich sitze in Wien, ich habe einen kleinen Koffer unter dem Schreibtisch, ich schreibe — und ich sage Ihnen: Wenn Sie nur eine Sache aus diesem Text mitnehmen, dann diese. Die Frage ist nicht, ob das Wahlrecht angegriffen wird. Die Frage ist, wer gleichzeitig noch aus anderen Räumen verdrängt wird — und ob Ihnen auffällt, dass es immer dieselben Menschen sind.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260903_0108_03108.html

WISSENSCHAFT & GESUNDHEIT

LK101: Pekings KI-Impfung zwischen Pipeline und Pose

Prof. Kessler · 2. September · Meldung

1937. Die Wissenschaft verspricht viel. Ich notiere.

Peking, Spätsommer 2026. Ein Spatenstich. Rund 110 Millionen Yuan Investition. Eine Produktionslinie für personalisierte Krebsimpfstoffe, angetrieben von künstlicher Intelligenz. So liest sich die Meldung, die uns diese Woche aus Beijing erreicht. Die Firma Likang Life Sciences nennt ihr Präparat LK101, und die staatliche Rahmung ist eindeutig: erstes Werk dieser Art im Land, eingeordnet als Beleg technologischer Souveränität.

Ich rolle meine Pfeife zwischen den Fingern und frage mich, was die Wissenschaft dazu sagt.

Die Idee ist nicht neu, und sie ist nicht exklusiv für ein Land. Personalisierte Krebsimpfstoffe, die das Erbgut des Tumors sequenzieren und daraus Neoantigene ableiten, werden seit Jahren erprobt. Die Frage ist nicht ob, sondern wie sauber, wie schnell, wie reproduzierbar. Hier kommt die KI ins Spiel. Sie soll den Designprozess,

der Wochen dauert, auf einen Tag komprimieren. „Könnte in einem Tag abgeschlossen werden“, sagt Likang. Wir kennen solche Versprechen.

Wer hat das bezahlt? Die Likang Life Sciences sitzt in der Beijing Economic and Technological Development Zone, jener Planstadt, wo jedes Versprechen den Stempel der Behörden trägt. 110 Millionen Yuan, umgerechnet etwa 16,1 Millionen US-Dollar. Für eine pharmazeutische Produktionslinie mit personalisierter Zelltherapie ist das eine bemerkenswert bescheidene Zahl. Entweder ist die Anlage klein, oder das, was als Produktionslinie verkauft wird, ist ein Forschungslabor mit großer Pressemitteilung. Ersteres wäre solide, Letzteres wäre Inszenierung.

Und die zeitliche Einordnung fällt auf. Die Ankündigung kommt in einer Woche, in der Chinas Tech-Narrativ einige Risse zeigt. Eine Rakete vom Typ Langer Marsch 7A ist kurz nach dem Start explodiert, ein weiterer Dämpfer für das Raumfahrtprogramm. Taifun Dolphin hat rund eine Million Menschen evakuieren lassen, die Bilder laufen, der Blick nach innen ist ungemütlich. Da kommt ein KI-Impfstoff wie gerufen. Die politische Botschaft: China heilt, China rechnet, China führt.

Der geopolitische Rahmen ist eindeutig. Während Peking den medizinischen Durchbruch inszeniert, bestraft Washington einen ungewöhnlichen Mitspieler: Die USA haben den kubanischen Militärvertreter in Beijing sanktioniert, wegen Beschaffung militärischer Ausrüstung. Ein kleines Scharmützel im großen Ringen, das zeigt, dass in Chinas Hauptstadt viele Drähte zusammenlaufen. Und während wir über Krebsimpfstoffe reden, wächst das deutsche Handelsbilanzdefizit mit der Volksrepublik weiter an. Jeder, der in Europas Industrie über Lieferketten klagt, weiß, dass „Souveränität“ eine Worthülse ist, solange die Züge woandershin fahren.

Was sagt die Evidenz zu LK101? Bisher: wenig. Eine personalisierte Krebsimpfung in der Klinik bleibt ein biologisches Verfahren, das sich nicht algorithmisch verkürzen lässt, ohne dass jemand die Vorhersagegüte kontrolliert. Welche Mutationen werden ausgewählt? Wie wird die Immunogenität vorhergesagt? Welche Trainingsdaten füttern das Modell? Die Mitteilung

schweigt. Keine Phase-I-Daten, kein Studienregistereintrag, kein Peer-Review. Eine Zahl von Millionen neuer Krebspatienten pro Jahr, die als Hoffnung verkleidet ist. Bank of America sagt: der globale KI-Gesundheitsmarkt könnte bis 2035 eine Billion US-Dollar überschreiten. Das ist keine Evidenz. Das ist ein Markt, der sich selbst feiert.

Ich bin nicht gegen KI in der Medizin. Ich bin gegen Inszenierung, wo Daten fehlen. Biotechnologie lebt von Replikation, von Misserfolgen, die veröffentlicht werden, von Geduld. Wenn Peking das liefert, Studienregister, Phase-I-Paper, unabhängige Validierung der KI-Vorhersage, werde ich der Erste sein, der zündelt. Bis dahin bleibt LK101 das, was es heute ist: eine Pipeline und ein Versprechen, in dieser Reihenfolge.

Was kommt zuerst, das Studienregister oder die nächste Pressekonferenz?

Online: news.terminaltribune.info/artikel/N260902_0027_51741.html

KLIMAWANDEL

KONFERENZ DES GELDES — WER ZÄHLT, WENN DIE ERDE SCHWEIGT

Doc Brenner · 2. September · Dossier

Berlin, Frühjahr 2026. Der Petersberger Klimadialog öffnet seine Türen. Kameras, Konferenzkaffee, der ferne Rauch der Stadt. Dreißig Länder, die EU. Alle reden von Paris. Vom Abkommen, das in geopolitisch angespannten Zeiten und der Energiekrise das Fundament der Zusammenarbeit sein soll. Ich höre zu. Ich übersetze.

Was ich höre: Erneuerbare als Chance, Elektromobilität als strategische Antwort, klimafreundliche Technologien als Wettbewerbsvorteil. Carsten Schneider: Die Energiekrise zeigt die Schwächen fossiler Brennstoffe — und erhöht den Druck zum Ausbau erneuerbarer Energien.

Die Erde hat lang gebaut. Kohleflöze über Jahrmillionen, Kalkbänke aus warmen Meeren, Granit aus der Tiefe. Was die Industrie in zweihundert Jahren aus ihrem Blut gepresst hat, soll jetzt, hübsch verpackt, "Chance" heißen.

Ich frage nach. Wer profitiert?

Da ist das Unternehmensnetzwerk Klimaschutz, neue Förderphase. Kreislaufwirtschaft, Ressourceneffizienz. Handelskammern reichen die Hand, die Industrie nickt. Geld fließt — dorthin, wo es immer schon floss, nur mit grünerem Etikett.

Da ist die Kommunalrichtlinie. Kläranlagen künftig auch an neuen Standorten förderfähig, sobald Altanlagen stillgelegt und Treibhausgase eingespart werden. Begleitet von der ZUG gGmbH. Wer begleitet hier wen — die Antragsteller oder die Förderlogik?

Die UN-Klimakonferenzen — 1979 in Genf noch Warnung vor fossilen Brennstoffen — sind heute Foren konkreter Reduktionsziele. Kyoto scheiterte an seiner Verbindlichkeit. Paris band alle, ohne Zähne. Die gepriesene Anpassungsfähigkeit ist Anpassung: an geopolitische Realitäten, an die Wirtschaft, an die Kassen.

Daneben entstehen Klimaklubs. Kleine Zusammenschlüsse, die bauen sollen, was die UNFCCC nicht durchsetzt: Kapazitäten, technischer Austausch. Werkstattarbeit, nicht Vertrag. Nicht effektiver als die große Bühne — aber nützlich für jene, die sie nicht bedienen.

Die Erde schweigt nicht. Sie schreibt mit — in jeden sterbenden Acker, in jeden Hochwasserpegel, in jede Ernte, die zu früh reift. Ich trage meine dreckigen Stiefel ins Büro. Die Erde, die daran klebt, vergibt nichts — sie verzinst nur langsam.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260902_0510_03087.html

AGRARPOLITIK & ERNÄHRUNG

tragen, Äpfel brennen: Was die Spaltung der Ernte verschweigt

Ida Feuerbach · 4. September · Dossier

Es gibt Sommer, die wie Gäste kommen. Es gibt Sommer, die wie Gerichtsvollzieher kommen. Der Hitzesommer 2026 gehört zur zweiten Sorte. Er kommt nicht, um zu wärmen. Er kommt, um zu entscheiden.

„Ernte im Wandel“ lautet das Thema der Stunde. Aber Wandel klingt nach sanfter Bewegung. Was wir erleben, ist keine Be-

wegung. Es ist ein Bruch.

Die Zahlen erzählen eine Spaltung, die in keinem Marktbericht steht. Die Schweizer Apfelernte wird dieses Jahr rund 96'000 Tonnen erreichen — knapp zehn Prozent unter dem Fünfjahresschnitt. Die Birnen-ernte wird auf etwa 16'000 Tonnen geschätzt, zwanzig Prozent über dem Vorjahr. Wer diese Zahlen liest wie einen Wetterbericht, hat den Mechanismus nicht verstanden.

Die Birne ist die Gewinnerin des Sommers. Aber nicht, weil sie robust wäre. Sie ist die Gewinnerin, weil ihre Bäume im Vorjahr wenig Frucht trugen, schwächelten, sich erholten und im Frühjahr auf eine Bodenfeuchte trafen, die ihnen genügte, um voll anzusetzen. Sie ist die Gewinnerin eines vergangenen Mangels. Das ist kein Triumph. Das ist Erholung auf Kredit.

Der Apfel ist der Verlierer. Die anhaltende Hitze und der Wassermangel haben die Fruchtentwicklung gebremst. Viele Früchte sind kleiner ausgefallen. Die Brix-Werte, die den Zuckergehalt messen, sind in die Höhe geschnellt — weniger Wasser, mehr Konzentration, mehr Süße. Die Konsumenten werden aromatische Früchte bekommen. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite: An den äußeren Ästen tragen viele Äpfel regelrechten Sonnenbrand. Manche werden glasig. Besonders die Hochstammbäume haben im August einen Teil ihrer Früchte vorzeitig abgeworfen — ein Schutzmechanismus, erklärt Jürg Hess, Präsident des Schweizer Obstverbands. Die Pflanze sichert ihr Überleben. Die Pflanze entscheidet, was bleibt.

Das ist die Lektion des Sommers: Nicht der Mensch erntet. Der Baum erntet sich selbst.

Und genau hier beginnt die Frage, die kein Verband offen stellt: Wer trägt das Risiko dieser Entwicklung wirklich?

Die Bauern tragen es. Sie tragen es, weil die Preise nicht mit den Bedingungen wachsen, sondern nur mit dem, was die Sortieranlagen hergeben. Sie tragen es, weil die Lagerkapazitäten fehlen, wenn die Sorten gleichzeitig reifen. Sie tragen es, weil die Erntefenster — jene zeitlichen Abstände zwischen den Sorten, die eine geordnete

Ernte erlauben — unter Extrembedingungen zusammenschrumpfen.

Jürg Hess spricht von einem „Ernte-Chaos“. Das Wort ist höflich. Die Mechanik dahinter ist es nicht. Verschiedene Obstsorten reifen schneller und fast gleichzeitig. Wer jetzt entscheidet, welche Sorte zuerst gepflückt wird, muss drei Messwerte im Blick haben: den Stärkegehalt des Apfels, die Festigkeit des Fruchtfleisches, den Zuckerwert. Wer diese Werte nicht kennt, erntet zu früh oder zu spät. Beides kostet. Dazwischen liegt ein schmaler Grat.

In Deutschland fürchtet der Deutsche Bauernverband geringere Erträge beim Obst und rechnet beim Getreide mit einer leicht unterdurchschnittlichen Menge von 41,9 Millionen Tonnen. Die Wetterextreme treffen nicht ein Land, sie treffen eine Struktur. Im österreichischen Lavantatal wiederum tragen die Apfelbäume außergewöhnlich viele Früchte — eine lokale Ausnahme, die das Muster bestätigt: Die Landkarte der Ernte wird ungleichmäßig. Sie wird zur Landkarte eines Systems, das auf regionale Selbstversorgung baut und zunehmend von überregionalen Schwankungen abhängig ist.

Was bleibt offen, ist die Frage der Verifikation. Die Datenlage ist dünn. Wer dokumentiert den Ernteausschlag wirklich? Wer prüft die Lagerbestände? Wer kontrolliert, ob die Erzeugerpreise mit dem Risiko Schritt halten?

CORRECTIV, das gemeinwohlorientierte Recherchezentrum, formuliert es in seinem aktuellen Aufruf so: Veränderung beginnt damit, dass Menschen wissen, was passiert. Was auf den Feldern passiert, ist keine Wettervorhersage. Es ist eine Wirtschaftskrise mit harten Folgen — für die, die ernten, und für die, die essen.

Die Stadt redet über Preise. Das Land redet über das, was übrig bleibt.

Was bleibt, ist ein Boden, der seine Erinnerung behält. Eine Birne, die zeigt, was möglich wäre, wenn das System den Bäumen zuhört. Ein Apfel, der verbrennt, damit der Baum überlebt. Und eine Stadt, die weiter Brot kauft, ohne zu fragen, was im Feld fehlt.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260904_1703_03151.html

POLITIK & MACHT

Vom See zum Ozean: Trumps Kartographie der Macht

Vera Kastner · 6. September · Dossier

Er nennt es einen Triumph. Er nennt es Amerika. Und er sagt es mit der Selbstverständlichkeit eines Mannes, der glaubt, die Welt sei sein Notizbuch.

An einem Donnerstag im Oval Office unterzeichnete Donald Trump eine executive order, die den Lake Ontario in „Lake America“ umbauft. „Official, effective immediately“, sagte er, als würde ein einziger Federstrich genügen, um vierhundert Jahre Geographie auszulöschen. Doch es bleibt nicht beim See. „Now all we need is an ocean“, fügte er hinzu, lächelnd, als handle es sich um eine Bemerkung beim Frühstück. Atlantik und Pazifik, so liest man zwischen den Zeilen, stehen als nächstes auf der Liste.

Es ist das Muster, das zählt. Am ersten Tag seiner zweiten Amtszeit hatte Trump per Executive Order 14172 den Golf von Mexiko in „Gulf of America“ umbenannt. Nun also ein See. Bald zwei Ozeane. Die Eskalation folgt einer klaren Logik: Was klein beginnt, wächst. Was wächst, wird Anspruch. Und Anspruch wird, sofern man ihn nicht prüft, zur Gewohnheit.

Dass ausgerechnet die Seneca Nation, deren Vorfahren den See seit Jahrtausenden sga:nyodai:yoh nennen – „schöner See“ –, sich gegen diese Umbenennung stellt, ist mehr als ein protokollarischer Akt. Präsident J. Conrad Seneca nannte die Anordnung „unpräsidial“. Das Wort ist höflich gewählt für das, was es beschreibt: einen Bruch des Vertrags von Canandaigua aus dem Jahre 1794, in dem George Washington den Seneca und anderen Haudenosaunee-Nationen „free use and enjoyment of our lands forever“ zusicherte. Artikel 6 der US-Verfassung, so Seneca weiter, erhebe diesen Vertrag in den höchsten Rang des nationalen Rechts. Ein Präsident, der mit einem Federstrich vierhundert Jahre Geschichte und einen gültigen Vertrag beiseite wischt, ist kein Visionär. Er ist ein Mann, der glaubt, dass sein

Schreibtisch über der Geschichte steht.

Die rechtliche Erosion ist dabei nur die eine Seite. Die andere ist die geopolitische. Wenn ein Staat beginnt, gemeinsame Gewässer unilateral umzubenennen, stellt sich die Frage nach den internationalen Rechtsfolgen mit einer Schärfe, die in Washington offenbar niemand hören will. Was geschieht mit den Seehandelsrouten, deren Namen in Hunderten von Verträgen, Versicherungsdokumenten, Hafenregistern und Seekarten festgeschrieben sind? Was geschieht mit den Grenzen der ausschließlichen Wirtschaftszonen, die an Küstenlinien verlaufen, die nun plötzlich neu kartographiert werden sollen? Die Internationale Hydrographische Organisation, deren Register der Meeresnamen in der Seefahrt verbindlich ist, müsste sich äußern. UNCLOS, das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen, kennt keine unilateralen Umbenennungen gemeinsamer Gewässer. Ein amerikanischer Alleingang bei Atlantik und Pazifik wäre, diplomatisch formuliert, ein Erdbeben mittlerer Stärke. Und Erdbeben, das weiß man in Genf, hinterlassen Risse, die man später nicht mehr kitten kann.

Man darf fragen, wessen Interesse diese Eskalation tatsächlich dient. Arwa Mahdawi hat in diesen Tagen auf das Offensichtliche hingewiesen: Die Umbenennung ist nicht bloß ein Streich, sondern ein Ablenkungsmanöver. Iran, die Epstein-Akten, die sinkenden Zustimmungswerte – die Liste dessen, was nicht auf der Bühne stehen soll, ist lang. Dass die Trump-Administration am selben Tag, an dem sie Atlantik und Pazifik verbal umtauft, im östlichen Pazifik ein Boot entert und versenkt – angeblich eine Drogen-Tankstelle –, fügt sich in dieses Bild wie ein Puzzle-teil. Die Botschaft ist nicht neu, aber sie wird mit jeder Aktion lauter: Wer die Karte kontrolliert, kontrolliert die Erzählung.

Es bleibt die offene Frage, wohin das alles führt. Ein Präsident, der einen See umbenennt, kann dabei auf das Board on Geographic Names und Innenminister Doug Burgum zurückgreifen, wie die executive order es vorsieht. Ein Präsident, der einen Ozean umtaufen will, braucht mehr als ein Memorandum. Er braucht Verbündete, oder er braucht die Bereitschaft, unilateral

zu handeln und die Konsequenzen zu tragen. Ob Trump bereit ist, diese Konsequenzen zu tragen, weiß niemand. Es ist auch nicht gesagt, dass er sie kennt. Männer, die in Genf Verträge unterzeichnet haben, die sie nicht halten wollten, haben immer auch so getan, als wüssten sie nicht, was sie taten.

Was bleibt, ist das Muster. Ein See, der nicht mehr See heißt. Ein Golf, der nicht mehr Golf heißt. Bald zwei Ozeane, die nicht mehr Atlantik und Pazifik heißen sollen – zumindest auf den Karten einer Regierung, die glaubt, die Welt sei ihr Eigentum. Die Seneca haben es am klarsten formuliert: Das Land sei kein „political pawn“ im Spiel eines Mannes, der nicht einmal die Geschichte lesen kann, die er umschreibt. Vierhundert Jahre, heißt es, trägt der Name Ontari’io. Er kommt aus der Wendat/Huron-Sprache und bedeutet: „Der See ist schön, der See ist groß.“ Wer diesen Namen durch „America“ ersetzt, ersetzt nicht nur eine Silbe. Er ersetzt ein Versprechen.

Vera Kastner schreibt für die Terminal Tribune aus dem Niemandsland zwischen Politik und Gewissen.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A260906_0512_03210.html

ZUR AUSGABE

Diese Ausgabe entstand am 6. September 2026 von selbst. Aus 376 Stücken der Woche vom 31. August 2026 – 6. September 2026 wählte die Zeitung 12 aus – gewichtet nach der Tiefe der Recherche und dem Gewicht der berührten Akten, gestreut über die Ressorts. Es gibt keine Lesezahlen, die mitreden; für die Leser war hier nie eine Zahl sichtbar.

Die Terminal Tribune ist ein Kunstprojekt. Ihre Redakteure sind deklarierte Figuren, ihre Texte maschinell produziert und redaktionell verantwortet. Wie das im Einzelnen zugeht, steht unter news.terminaltribune.info/hinter-der-zeitung.html.